

EU-BEITRITT DER SCHWEIZ

Die Schweiz gehört zu Europa. Das lässt sich aufgrund ihrer geografischen Lage und sprachlich-kulturellen Vielfalt nicht bezweifeln.

Die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) und ihre Vorgängerorganisationen haben sich stets offen für einen Beitritt der Schweiz zur EU ausgesprochen.

Für die Nebs ist eine EU-Mitgliedschaft bis zum heutigen Zeitpunkt die sinnvollste aller Varianten, das Verhältnis zwischen der Schweiz und Europa dauerhaft zu regeln.

Aktuelle Situation

Der EU-Beitritt prägt seit Langem die politische Diskussion in der Schweiz. Konservativ-isolationistische Verbände und Parteien haben eine Annäherung der Schweiz zur EU stets abgelehnt. Diesen Akteuren steht eine breite Allianz von politischen Kräften gegenüber, die sich zu einer offenen Schweiz bekennen und welche die zahlreichen Verbindungen zwischen der Schweiz und der EU zu würdigen versuchen. Tendenziell ist über die letzten Jahre die Akzeptanz eines Beitrittes der Schweiz zur EU aber in allen politischen Parteien gesunken, was sich auch in der Zivilgesellschaft bemerkbar macht. Die Nebs ist und bleibt in diesem Umfeld die einzige Organisation, welche sich stets konsequent für eine aktive Mitgliedschaft der EU in der Schweiz starkmacht.

Argumente

1) Austausch/Verflechtung: Die Schweiz ist mit der Europäischen Union eng verflochten. Über 50% aller aus der Schweiz ausgeführten Waren gehen in EU-Mitgliedsländer, während die Schweiz gar drei Viertel aller importierten Waren aus der EU bezieht.¹ Die wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU werden über sogenannte «bilaterale Verträge» geregelt. Diese Verträge garantieren der Schweiz eine selektive Teilnahme am europäischen Binnenmarkt.

¹ Vgl.: Schweizerische Eidgenossenschaft, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA, Direktion für europäische Angelegenheiten DEA, Schweiz-EU in Zahlen – Handel, Bevölkerung, Verkehr, S.6, https://www.eda.admin.ch/content/dam/dea/de/documents/faq/schweiz-eu-in-zahlen_de.pdf, Gesehen am 15.12.2015.

2) Abhängigkeit: Die Schweiz ist im bilateralen Verhältnis abhängig vom Wohlwollen der EU. Dies zeigt sich nach der Annahme der «Masseneinwanderungsinitiative» (MEI) immer deutlicher. Bei einer konsequenten Umsetzung der MEI drohen Sanktionen der EU. Schlimmstenfalls wird die EU die bilateralen Verträge I aufkündigen. Die wirtschaftlichen Folgen dieser Kündigung wären gravierend.²

3) Souveränitätsverlust: Mit dem «autonomen Nachvollzug» übernimmt die Schweiz stillschweigend Gesetze aus der EU, zu denen sie nicht Stellung nehmen kann. Im Gegensatz zu den Mitgliedsländern der EU verliert die Schweiz also wichtige Teile ihrer Souveränität: Die Schweiz kann in der europäischen Politik nicht mitbestimmen. Dieser Souveränitätsverlust kann nur mit einer Mitgliedschaft der EU behoben werden.

4) Neutralität: Die Schweiz muss ihre Neutralität bei einem Beitritt zur EU nicht aufgeben. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU «berührt nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedsstaaten», steht in Artikel 42 des EU-Vertrages geschrieben. So hat beispielsweise auch Österreich als Mitglied der EU bis heute nicht auf seine Neutralität verzichten müssen.³

² Siehe bspw.: Bericht des Bundesrates in Beantwortung des Postulats Keller-Sutter (13.4022), Juni 2015, https://www.eda.admin.ch/content/dam/dea/de/documents/berichte_botschaften/BR-Bericht-150605_de.pdf, gesehen am 17.12.2015.

³ Die Neutralitätsfrage wird in Österreich kontrovers diskutiert. Lesenswert ist beispielsweise der Kommentar des Journalisten Wolfgang Müller in «Die Presse»: Müller, Wolfgang, Wozu dient Österreich heute die Neutralität?, Kommentar, Die Presse, <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/4853908/Wozu-dient-Oesterreich-heute-die-Neutralitaet?from=simarchiv>, gesehen am 02.03.2016.

5) Direkte Demokratie: Die beiden wichtigsten Instrumente der demokratischen Mitbestimmung, das Referendum und die Initiative, bleiben der Schweiz bei einem Beitritt zur EU erhalten. Die Stärkung der Volksrechte ist auch der EU wichtig: So hat sie mit der sogenannten «Bürgerinitiative» ein direktdemokratisches Mittel – vergleichbar mit der schweizerischen Volksinitiative – geschaffen. Würde die Schweiz der EU beitreten, so müsste wohl eine Kompetenzverschiebung des Bundes hin zur EU stattfinden, wie beispielsweise in unserem Grundlagenpapier zur Direkten Demokratie beschrieben.

6) Euro: Die Schweiz wäre nicht gezwungen den Euro zu übernehmen. Heute verfügen etwa die Mitgliedsstaaten Grossbritannien, Dänemark und Schweden über ihre eigene Währung⁴. Mit dem starken Franken im Hinterkopf könnte aber auch die freiwillige Übernahme des Euro diskutiert werden.

7) Politische Eigenständigkeit: Die EU wahrt die politische Eigenständigkeit ihrer Mitgliedsstaaten. Mit dem Subsidiaritätsprinzip und dem Ausschuss der Regionen unterstützt die EU den Föderalismus. Als EU-Mitglied wäre die Schweiz ein Vorbild für alle anderen Mitgliedsstaaten: Wohl kaum ein anderes Land innerhalb der EU hätte derart viel Erfahrung mit föderalen Strukturen wie die Schweiz.

8) Soziale Dimension: Bei sozialen Fragen müssen die europäischen Gesetzgeber (Rat der Europäischen Union und Europäisches Parlament) den Sozial- und Wirtschaftsausschuss zur Anhörung einladen. Die Sozialpartner finden so Zugang zur europäischen Gesetzgebung. Mit Schweizer Vertretern in der europäischen Legislative und im «Sozialausschuss» könnte die Schweiz viel mehr Einfluss auf die soziale Dimension der EU nehmen als heute.

9) Epochenwende: Viele Herausforderungen, beispielsweise der freien Marktwirtschaft, des Umweltschutzes oder der Migration machen nicht an der Grenze halt. Mehr denn je braucht es gemeinsame Antworten auf heutige, aber auch auf zukünftige Fragen.

Schluss

Es gibt gute Gründe, sich eingehender mit einer Mitgliedschaft der Schweiz in der EU zu befassen. Der heutige Souveränitätsverlust der Schweiz kann nur mit einer Mitgliedschaft in der EU vollständig behoben werden. Der engen geografischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtung der Schweiz mit Europa muss die politische Integration folgen. Schweizerische Traditionen wie die Neutralität oder die direktdemokratische Ausgestaltung von politischen Prozessen bleiben bei einem Beitritt der Schweiz zur EU erhalten. Für die Nebs bleibt die aktive Mitgliedschaft in der EU die attraktivste Möglichkeit, in einem globalisierten Umfeld konstruktiv mitgestalten zu können.

⁴Tatsächlich verfügen nur Grossbritannien und Dänemark über eine sogenannte «Opt-Out-Klausel». Im Vergleich zu diesen beiden Ländern sind die anderen Länder, welche den Euro noch nicht eingeführt haben, verpflichtet, den Euro dann zu übernehmen, wenn gewisse Kriterien (Konvergenzkriterien) als erfüllt gelten. Die Nichterfüllung dieser Kriterien kann politisch gewollt sein um eine Übernahme des Euros zu verhindern. Mehr dazu auf der Internetseite der Europäischen Kommission: Europäische Kommission, Der Euro, Wirtschaft und Finanzen, http://ec.europa.eu/economy_finance/euro/index_de.htm, gesehen am 02.03.2016.